

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0017/2014/IV

Datum:
23.01.2014

Federführung:
Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Beteiligung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Betreff:

**Heidelberg-Studie 2013
- Leben, Mobilität und Bürgerbeteiligung in
Heidelberg**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	12.02.2014	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss nimmt die Information zur Heidelberg-Studie 2013 zur Kenntnis

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Heidelberg-Studie 2013	32.000 €
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
• Ansatz in 2013	40.000 €

Zusammenfassung der Begründung:

Die Stadt Heidelberg führt regelmäßig Bürgerumfragen durch. Die Ergebnisse der aktuellen Heidelberg-Studie 2013 werden vorgestellt.

Begründung:

Die Heidelberg-Studie 2013 ist die achte Bürgerumfrage seit 1994, die in dieser Reihe durchgeführt wurde.

Mit der Durchführung der Studie wurde die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH in Mannheim beauftragt, die bereits an den meisten Vorgängerstudien an entscheidender Stelle mitgewirkt hat.

Die Datenerhebung erfolgte als Telefoninterview von ca. 1.000 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern in Heidelberg ab 16 Jahren. Neben den Fragen zu den einzelnen Schwerpunktthemen wurden auch wieder Fragen aus den vorangegangenen Umfragen gestellt, so dass sich hier die Entwicklung von Einstellungen und Meinungen in der Heidelberger Bevölkerung der letzten beinahe 20 Jahre ablesen lässt.

Neben allgemeinen Fragen zum Leben in Heidelberg waren Schwerpunktthemen der Studie Mobilität, Bürgerbeteiligung und die politischen Einstellungen in Heidelberg. Die Fragen zum Leben in Heidelberg umfassen z.B. die schon in den Vorgängerstudien gestellten Fragen zu den wichtigsten Problemen in Heidelberg, der Verbundenheit mit Heidelberg, wie wohl man sich in Heidelberg fühlt und die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage. In Bezug auf die politischen Einstellungen wurde nach den politischen Präferenzen, Interesse an Politik und der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit gefragt. Ein Fragenblock befasste sich explizit mit dem Themenkomplex Bürgerbeteiligung, der Bedeutung für die Heidelbergerinnen und Heidelberger und der Beurteilung der intensiven Bemühungen in Heidelberg der Bürgerschaft mehr und verbindlich Mitwirkungsmöglichkeiten anzubieten. Dieser Teil ist ein Baustein der Evaluation der Bürgerbeteiligung (DS 0247 / 2013 / BV) und wird dort in den Zusammenhang mit den anderen Bausteinen gestellt. Es ist vorgesehen die Evaluation im Sommer vorzulegen. Weiterer Schwerpunkt der Umfrage war die Mobilität mit Fragen zur Verkehrssituation, zur Erreichbarkeit der Innenstadt und speziell zum ÖPNV in Heidelberg. Die in der Umfrage ermittelten Anteile des bevorzugten Verkehrsmittels sind nicht mit dem in Haushaltsbefragungen ermittelten „modal split“ Wert nicht vergleichbar. Die Ermittlung des „modal Split“ Wertes bezieht über mehrere Tage hinweg alle tatsächlich im Tagesverlauf benutzten Verkehrsmittel ein. Zuletzt wurden hier im Herbst 2013 Erhebungen von der TU Dresden durchgeführt, die Ergebnisse sind noch nicht veröffentlicht.

Die Umfrage erfolgte in enger Kooperation mit dem Amt für Verkehrsmanagement.

Die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH wird die Ergebnisse vorstellen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU3	+	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern Begründung:
MO1	+	Ziel/e: Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern Begründung:
MO5	+	Ziel/e: Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern Begründung:

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet

Bernd Stadel

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Broschüre Heidelberg-Studie 2013
A 02	Präsentation von Herrn Matthias Jung (Forschungsgruppe Wahlen)